Grünes Kleeblatt

Nr. 16/2003

„KREUTTAL-SIEDLUNG":

Friß, Vogel, ...

Direkt an der Ortseinfahrt von Schleinbach entsteht die „Kreuttal-Siedlung", 90 Wohnungen auf etwa einem Hektar Grund, auf dem fast so viel wie ein Viertel der heutigen Einwohner und gut 100 Autos untergebracht werden sollen.

Dass ein Projekt dieser Größenordnung Schleinbach verändern wird, kann niemand ernsthaft bezweifeln. Dennoch wurde das Dorf vor vollendete Tatsachen gestellt.

„Ein Billa kommt da rein..." - „Blödsinn - sowas ist für´n Billa zu klein, aber egal, was reinkommt, den Hochfelsner bringts jedenfalls um!" - „Nur g´standene Rote krieg´n da eine Wohnung!" - „Wie denn? Das ist ja nicht einmal eine Gemeindesiedlung, da hat der Krenek nix zu reden!" - „Aber die GEBÖS, die ist rot!" - „Da sind keine Garagen geplant - hab ich gehört. Wo stell´n die Leut´ ihre Autos hin? Raus auf´d Straß´n?"

Wie immer, wenn Informationen rar sind und die Leute mit ihren Fragen alleingelassen werden, schwirren die unterschiedlichsten, oft seltsamsten Gerüchte durchs Dorf.

Kein Wunder, denn wie so oft erfahren die Schleinbacher, was in der Gemeinde geplant ist, erst aus der Zeitung oder durch ein monströses Schild am Ortseingang, offensichtliches Fahrziel von

unzähligen Schwerlastern. Ganz so, als ginge es die Dorfbewohner nichts an.

Rein gesetzlich geht es die Schleinbacher auch nichts an, was du unten passiert. Der Grund ist Privateigentum, und der Bürgermeister - Baubehörde erster Instanz - ist nicht verpflichtet, irgend jemanden zu informieren, dass ein Privatunternehmen auf eigenem Grund bauen will - gleichgültig, welche Betonburgen dort auch geplant sein mögen.

Geplant sind auf diesem engen Fleck 90 Wohnungen, durchschnittlich sind mit zumindest zwei, eher drei Personen pro Wohnung zu rechnen. Gesamt also deutlich über 200 Einwohner, um die unser 800-Einwohner-Dorf innerhalb weniger Monate anwachsen wird. Man muss nicht Reagionalentwicklung studiert haben, um zu erahnen, was dies in einem ursprünglich über Jahrzehnte gewachsenen Dorf und seinen Strukturen anrichtet. In diesem Fall tut die Schnellbahn noch ihres dazu – für die Schleinbacher, die die Kreuttal-Siedlung vor die Nase gesetzt bekommen, wird sie in jedem Fall einFremdkörper bleiben, sie wird nie Teil ihres Dorfes sein. Die Bewohner ihrerseits werden sich nie als Dorfbewohner fühlen. Sie werden morgens auf dem Weg zur Arbeit in ihre Autos steigen und wenn sie mit dem Zug fahren das Gefühl haben, sie sind nun „ins Dorf" gegangen, weil sie zwanzig Schritte in Richtung Schleinbach unterwegs waren.

Die Bezugslosigkeit des Baus zum Dorf erhöht diese innere Mauer noch zusätzlich: Bei jedem Einfamilienhaus ist die Errichtung durch ein paar Dutzend Auflagen reglementiert, von der exakten Neigung der Dachlinie über die Fensterhöhe oft bis hin zur Farbe der Dachziegel. Die Betroffenen werden demnächst, manche mehrmals am Tag, an einer Siedlung vorbeifahren, die ihnen zeigt, wie wichtig das Landschafts- und Ortsbild wirklich ist, wenn die rote GEBÖS den Bauplan einreicht. Diese Kreuttalsiedlung hat keinerlei Bezug zur Region, sie könnte ebenso gut in Norddeutschland, Südfrankreich oder irgendwo stehen.

Jenseits aller juridischen Bestimmungen – die unser Bürgermeister gewiss penibel einhält - hat er darüber hinaus doch wohl die politische Verpflichtung, seine Wähler über wesentliche Vorhaben zu informieren, insbesondere über solche, die den Gemeindebürgern über Jahrzehnte erhalten bleiben. In Pillichsdorf ist der Bau einer durchaus vergleichbaren Siedlung geplant und selbstverständlich wurde die Bevölkerung bereits im Planungsstadium informiert, es wurden mehrere Bauvarianten als Modell präsentiert, breit über das Vorhaben diskutiert und die Pillichsdorfer in die Entscheidung miteinbezogen.

In Schleinbach erfahren wir über ein derartiges Projekt durch ein bezahltes Inserat in einer Gratiszeitung, in dem sich die GEBÖS selbst feiert und nebstbei ein Schulterklopfen für Krenek gleich miteinbaut.

Krenek hat dieses Projekt gehandhabt wie fast alles, was von Bedeutung ist – als „Geheime Chefsache", das Grundprinzip seiner Gemeindepolitik. Warum? Ob es damit zu tun hat, dass wenige Monate, nachdem Krenek die Schlüssel überreicht, Gemeinderatswahlen sind und eben diese neuen Mitbürger in der Wahlzelle den nächsten Bürgermeister mitbestimmen?

Neues vom Drahtesel

Mit 1. Mai 2003 gelten **neue** Ausrüstungsvorschriften für **alte** Fahrräder

- Bei Dunkelheit, Dämmerung und schlechter Sicht ist Radfahren mit Licht gesetzlich vorgeschrieben. Eine vollständige gesetzeskonforme Beleuchtung besteht aus einem **weißen Vorderlicht und einem roten Rücklicht**. An den Laufrädern eines Fahrrades müssen mindestens **zwei seitlich wirkende gelbe Rückstrahler** an jedem der beiden Räder montiert sein. Ein **weißer nach vorne wirkender Rückstrahler** (kann im Vorderlicht integriert sein), ein roter nach hinten wirkender Rückstrahler, sowie **gelbe Rückstrahler an den Pedalen** sind ebenso vorgeschrieben.
- Jedes Fahrrad, das im Straßenverkehr unterwegs ist, muss mit einer **Glocke oder Hupe** ausgerüstet sein.
- Für ein Fahrrad sind **zwei voneinander unabhängig wirkende Bremsen** vorgeschrieben.
- **Mitnehmen von Kindern:** Der Sitz ist hinter dem Sattel so anzubringen, dass der Fahrer nicht in seiner Sicht, Aufmerksamkeit oder Bewegungsfreiheit behindert oder in seiner Sicherheit gefährdet werden kann. Die Beförderung von mehr als einem Kind ist unzulässig.
- Während des Radfahrens ist **Telefonieren mit dem Handy verboten**. Zudem sind beide Hände am Lenker zu halten (ausgenommen beim Geben von Handzeichen).
- **Gegen die Einbahn fahren:** Grundsätzlich dürfen Radfahrende nur gegen die angezeigte Richtung einer Einbahnstraße fahren, wenn dies durch entsprechende Zusatzschilder erlaubt wird. Einzige Ausnahme sind Einbahnstraßen, die zugleich Wohnstraßen sind (§7 (5) StVO). Dort darf mit dem Fahrrad immer gegen die Einbahnrichtung gefahren werden.

Apropos Fahrrad: Diebstahl von Fahrrädern

Am Schnellbahnhof Schleinbach wurden in der letzten Zeit wieder vermehrt Fahrräder (Mountainbikes) gestohlen. Sollte Ihnen diesbezüglich etwas auffallen, informieren Sie bitte den Gendarmerieposten Wolkersdorf Tel. 2233-0

Und nochmal Fahrrad: Eurovelo 9

Dieser Radweg scheint wirklich zu einer unendlichen Geschichte zu werden. Nicht zufällig wurde wahrscheinlich nur das Teilstück Ulrichskirchen-Schleinbach in der Fahrradkarte der ÖVP NÖ als nicht fertig eingezeichnet. Seitens der Gemeindeverantwortlichen scheint nicht viel Interesse zu bestehen, den Bau dieses Radweges zu finalisieren.

Fröhlicher Abschluss

In der 10. und letzten Einheit des Deutschkurses des „Dorferleben" absolvierten 18 TeilnehmerInnen einen mehrseitigen Test mit erfreulichem Ergebnis. Die Stimmung beim Abschlussfest war fröhlich und ausgelassen, die Frauen kamen mit ihren Kindern, so mancher Ehemann hatte sich auch überreden lassen mitzukommen. Bei Guglhupf und Baklava und vielen anderen Spezialitäten wurde vereinbart, dass es im Herbst unbedingt weitergehen muss! Mit diesem Versprechen fiel den lernhungrigen Frauen und auch uns der Abschied etwas leichter!

Esel streck dich!

Weder ein Runder Tisch, mit oder ohne Bundes-Klestil, noch ein Generalstreik wird Wolfgang Schüssel dazu bewegen, seine Pensionsreform zurückzuziehen. Weil es inzwischen eine Machtprobe geworden sei, meinen die Zeitungen. Mag sein.

Mag sein, dass auch das für den Bundeskanzler eine Rolle spielt. Der Hauptgrund für seine „Härte" ist sie aber nicht. Denn wo immer Politiker ansonsten lügen, dass sich die Balken nur so biegen: dass unser Pensionssystem auf Dauer nicht mehr finanzierbar ist, steht wohl außer Frage. Um sich das zu errechnen, reichen die Mathematik-Kenntnisse aus der Unterstufe. Schüssel und Mittäter begründen diese Notwendigkeit damit, die zumeist roten Regierungen vor ihm hätten in den letzten Jahrzehnten zu großzügig „Tischlein deck dich!" gerufen, dieses „Esel streck dich!" sei nun nur die zwingende Folge davon.

Dieses Pensionssystem ist durch keine Reform zu retten, denn der Esel wird sich nicht endlos strecken können. Die Logik jeder „Reform" widerspricht sich selbst: Das Hinausschieben der Pensionsantrittszeit verteuert die Arbeitkosten (ältere Arbeitnehmer sind naturgemäß „teurer") und fördert die Flucht in andere Arbeitsformen - der Anteil von Werks- und Honorarverträgen steigt, die Zahlungen in die Pensionskassen sinken. Die Arbeitslosigkeit - vor allem bei der Jugend - wird weiter steigen. Die Kürzungen der Pensionen selbst werden zu Lasten des Konsums gehen, jeden fehlenden Cent, den die Pensionisten weniger ausbezahlt bekommen, spüren zuerst heimische Kleinbetriebe, die dem Löwenanteil der Beschäftigten ihre Gehälter zahlen. Sie vor allem werden zusperren müssen und weitere Arbeitslose freisetzen. Großbetriebe haben inzwischen längst auf Elektronik und Produktionsautomatik umgestellt - sie kratzt das alles so gut wie nicht.

Das Grundkonzept der Pensionskassen, wie das unseres gesamten Sozialsystems, wurde vor über hundert Jahren entwickelt, zu einer Zeit also, als der wesentlichste Wirtschaftsfaktor die menschliche Arbeitkraft war. Damals wurde daher - durchaus verständlich - der Anspruch auf einen Lebensabend ohne wirtschaftliche Sorgen ebenso wie den auf gesundheitliche Sicherung direkt an die Arbeit gebunden. Jahrzehntelang hat das damals durchaus sinnvolle Prinzip bestens funktioniert, weil auch die Voraussetzungen dafür gegolten haben: Die tragende Säule unserer Wirtschaft war der Faktor Mensch und seine Arbeit.

In den letzten Jahren hat sich die Wirtschaft jedoch grundlegend verändert. 1975 waren die „Werktätigen" nahezu gleich auf die drei Wirtschaftsbereiche aufgeteilt: je ein Drittel arbeitete in der Landwirtschaft, in der industriellen Produktion und im Dienstleistungssektor. Heute produziert der Industriesektor weitaus mehr als 1975, jedoch nicht einmal mehr 20 Prozent der Bevölkerung beziehen ihren Lohn von diesen Unternehmen. Trotz Verfielfachung seines Ertrages fließt aus diesem Wirtschaftsbereich heute anteilsmäßig nur mehr halb so viel wie vor 30 Jahren in unser Sozialsystem. Denn: Je weniger Mitarbeiter ein Unternehmen beschäftigt, umso weniger trägt es zu unserem Sozialsystem bei. Dass dies durchwegs Großbetriebe sind - sie vor allem können sich Automatisierung leisten! - liegt auf der Hand.

Unser Sozialsystem hat bisher auf diese Veränderungen nicht einmal in Ansätzen reagiert, im Gegenteil: die Politiker „bestrafen" Arbeit, indem sie auf die Finanzierungsprobleme durch weitere Erhöhungen reagieren - immer weniger Arbeitende sollen immer mehr zahlen für ein immer größeres Arbeitslosen-Heer und immer mehr anwachsende Pensionistenzahlen.

Die Großfabrik, die irgendwo in der Wiese steht und mit computergesteuerten Robotern produziert, ist mit einer Handvoll Spezialisten am Bildschirm nicht mehr nur denkbar, sondern durchaus Realität. Dieses Werk, das für eine Konzernzentrale irgendwo auf der Welt Milliardengewinne erwirtschaftet, zahlt schon heute weniger in unser Sozialsystem ein als der Bäcker oder Gärtner im Ort mit vier oder fünf Angestellten.

Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Mit jeder Pensionsreform, mit jeder Reform der Krankenkasse wird sie zusätzlich vorangetrieben, weil all diese Maßnahmen die Arbeitkraft verteuern und jeden belohnen, der Mitarbeiter entlässt und sich vom ASVG-System tunlichst verabschiedet.

Was insgesamt an Gütern produziert wird, reicht aber allemal, um jedem, unabbhängig davon, ob er gerade arbeitet oder ob er Arbeit sucht, das Nötige zu finanzieren. Es gibt kein Argument mehr dafür, Gesundheit und menschenwürdiges Alter an Arbeit zu knüpfen. Bereits heute teilt sich unsere Gesellschaft in Arbeitende und solche, die keine Arbeit mehr finden. Die realen Arbeitslosenzahlen liegen weit über jenen, die uns Schüssel & Co glauben machen wollen. Abhilfe ist von einer Regierung mit Sicherheit nicht zu erwarten, die Arbeit steuerlich bestraft, zumal die Arbeiter nicht ihre Klientel sind und die Alternative hieße, die eigenen Financiers zur Kasse zu bitten. Die rote Reichshälfte hat ebenso wenig Interesse, die Verbindung zwischen Arbeitskraft und Sozialsystem zu lösen - sie ist die Basis ihrer Macht in der Gesellschaft. Solange aber diese einst sinnvolle, inzwischen längst überholte Verbindung bestehen bleibt, wird das Problem der Finanzierung der sozialen Versorgung, sogar jener der sozialen Mindestversorgung, täglich unlösbarer.

Jede „Reform" unseres Sozialsystems ohne grundsätzliches Umdenken kann nur bedeuten: „Esel streck dich noch mehr!" Der Esel mag zwar dumm sein, früher oder später wird er aber entweder krepieren oder den Dienst verweigern. Soziale Konflikte sind vorprogrammiert.

Nach dem „Tischlein deck dich!" muss nun, so meint Schüssel, das „Esel streck dich!" kommen. Was er tunlichst verschwiegen hat, ist der dritte, letzte Teil des Märchens: „Knüppel aus dem Sack!"

G.M.

„Atomfreies Europa"

Volksbegehren vom 10. bis 17. Juni 2003!

Österreich ist umringt von Atommeilern. Ein menschlicher Irrtum, ein Materialschaden, ein terroristischer Angriff – es bedarf keiner besonderen Phantasie um sich ein neues Tschernobyl oder eine noch schlimmere Variante in unmittelbarer Grenznähe vorzustellen. Denn Atomkraft ist alles andere denn eine sichere Form der Energieerzeugung. Zudem wird der radioaktive Müll seit Beginn der kommerziellen Kernspaltung zum Ausgangsmaterial für Atomwaffen genutzt und damit besteht zunehmend die Gefahr der so genannten „schmutzige Bomben".

Mit dem Volksbegehren fordert Greenpeace von der österreichischen Bundesregierung, dass sie sich aktiv für den europäischen Atomausstieg einsetzt (derzeit ist der Neubau von 29 Atomreaktoren in Europa geplant!) Die österreichischen Minister sollen in den EU-Gremien keiner Entscheidung mehr zustimmen dürfen, die die Atomindustrie unterstützt. Konkret soll die Atomenergie dem Wettbewerbsrecht unterworfen werden, Subventionen und Euratom-Kredite für den Ausbau der Atomkraft müssen gestrichen werden. Die Haftung für AKW-Betreiber soll erhöht und die Sicherheitsstandards für Kernreaktoren dürfen nicht nach unten nivelliert werden.

Sie sind für ein Europa ohne Atomkraftwerke?

Dann tun Sie was dafür!

Unterschreiben Sie für ein atomfreies Europa

GREENPEACE

Claudia liebt rote Rosen

An Arbeitstagen macht sich Claudia jeden Morgen auf den Weg nach Ulrichskirchen. Sie wohnt in Maustrenk bei ihren Eltern. Um halb sieben heißt es für sie aufstehen, frühstücken und dann geht sie zum Bus. Fünfzehn Minuten dauert die Busfahrt bis nach Mistelbach, dann steigt sie um in die Schnellbahn. Früher ging sie in die Hauptschule in Zistersdorf. Am Anfang hat man sie gehänselt, doch jetzt macht es ihr nichts mehr aus. In Ulrichskirchen trifft sie Renate, Anita und drei Burschen. Um 8 h30 ist für alle Arbeitsbeginn. Aus der Zeitung hat sie von diesem Projekt erfahren und sich bei Herrn Ing. Leeb beworben. Sie möchte Gärtnerin werden. Seit 7. Jänner 2003 ist sie nun hier. Es macht ihr Spaß, hier zu arbeiten. Samen anbauen, Pflanzen pikieren, vor allem jetzt im Frühling. Im Winter oder wenn es draußen schüttet, ist's nicht so lustig. Trotzdem hört sie eifrig zu, wenn ihr Chef über den Umgang mit den Pflanzen spricht und ihr die botanischen Namen erklärt.

Sie versteht sich gut mit den anderen Jugendlichen. Anfangs war sie noch ruhig, doch jetzt blüht sie immer mehr auf, wird sogar manchmal keck.

Der Vormittag ist schnell vorbei, auch wenn man noch nicht alles Unkraut oder die Schnecken entfernt hat, der Magen knurrt aber schon. In der Küche duftet es nach Lasagne, die Theresia gekocht hat. Nach dem Mittagessen sind es dann nur noch zweieinhalb Stunden. Um halb vier geht es dann wieder mit der Schnellbahn Richtung Mistelbach. Dort wartet dann schon die Mama und gemeinsam fahren sie heim. Zu Hause hat nun sie die Verantwortung über den Hausgarten. Auch hier werden Samen angebaut, Pflanzen gesetzt.

Claudia ist 16, etwas kleiner als andere Jugendliche in ihrem Alter und sie liebt rote Rosen.

Menschlichkeit mit Ablaufdatum?

Die 6 Mädchen und Burschen im Alter zwischen 15 und 25 sind Teil eines Caritas –Projektes, das sich zum Ziel gemacht hat, Jugendlichen mit Behinderung eine Ausbildung als Gärtner zu ermöglichen. In der Firma Gartenkunst in Ulrichskirchen erlernen die Jugendlichen schrittweise die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten – Kultur von Obst, Gemüse und Zierpflanzen, allgemeine bautechnische Arbeiten der Gartengestaltung, Obst- und Gemüseverwertung, Kenntnisse der botanischen Zusammenhänge und gärtnerisches Fachrechnen.

Ingenieur Leeb, Chef des Betriebes, ist der Ausbildungsverantwortliche. Ihm ist die pädagogische Betreuung von jungen Menschen nicht fremd. Er war Leiter der „Lehrgärtnerei" Korneuburg und ist Berufsschullehrer. Theresia Racs, eine für die Dauer des Projektes karenzierte Lehrerin betreut die jungen Menschen mit viel emotionalem Einsatz. Während zur Zeit die praktische Arbeit draußen im Vordergrund steht, soll in den Wintermonaten auch die Theorie nicht zu kurz kommen. Besonderen Stellenwert hat natürlich das soziale Lernen und die Förderung einer eigenständigen Persönlichkeit. Durch intensives Eingehen auf die Bedürfnisse jedes Einzelnen verfolgt man das große Ziel, nach der 2-jährigen Ausbildung für den einen oder anderen einen Arbeitsplatz als „Gärtner ohne Lehrabschluss" in einem der vielen Betriebe in den Bezirken Korneuburg, Mistelbach oder Gänserndorf zu finden.

Damit nicht genug. Für die besonders Geschickten hofft man sogar, dass sie mit 19 dann die Lehrabschlussprüfung absolvieren können.

Im Rahmen des Projektes sollen die jungen Leute auch den sehr arbeitsintensiven biologischen Landbau kennen lernen. Es ist geplant, die aktuellen Produkte – neben verschieden Obst- und Gemüsesorten etwa auch Löwenzahnhonig und Säfte – wöchentlich auf der Homepage des Betriebes anzukündigen.

2003 ist das Jahr der Menschen mit Behinderung. Viele Projekte werden gestartet und auch gefördert. Am 13. Juni findet in Wolkersdorf die offizielle Eröffnung einiger Projekte statt, die von der Caritas betreut werden:

***BEQUA** – Berufliche Qualifikation; die Ausbildung zum Gärtner gehört in diesen Bereich*

***JOB-COACHING** – Jugendliche mit Behinderung, die bereits einen Arbeitsplatz haben, werden betreut*

***ARBEITSASSISTENZ** – ist ein Bindeglied zwischen potentiellen Arbeitsgebern und noch nicht vermittelten Jugendlichen*

All diese Projekte werden zur Zeit vom Land Niederösterreich, von INTequal (Entwicklungspartnerschaft) und auch von der EU gefördert. Die Förderung solcher Projekte ist immer zeitlich begrenzt. Im Fall des Gartenbauprojektes in Ulrichskirchen ist sie für 2 mal 2 Jahre gesichert. Menschen mit Behinderung werden unsere Unterstützung weiterhin brauchen, auch wenn das Jahr 2003 längst Vergangenheit ist.

Es bleibt zu hoffen, dass Betriebsleitung, Caritas und auch die Gemeinde Ulrichskirchen-Schleinbach-Kronberg gemeinsam alles daran setzen, dass die Idee Fuß fasst, die Bevölkerung sensibilisiert wird, und vor allem sicher gestellt ist, dass dieses Projekt weiter gefördert wird.

Termine

23. – 25. Mai bringen Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Gaweinstal das Kindermusical „**Die Schwefelgeister**" des Ulrichskirchners **Chris Heller** auf die Bühne. Ort: Turnsaal der Hauptschule Gaweinstal, Fr, Sa um 19h, So 18h.

Freier Eintritt (Spenden)!

26. Mai um 19.30 h: **UVP – Umweltverträglichkeitsprüfung A5, Die Rechte der BürgerInnen**

Informationsveranstaltung im Gasthaus Reich am Bahnhof, Wolkersdorf

Referent: Rechtsanwalt Dr. Heinrich Vana, Verkehrsrechtsexperte vieler Bürgerinitiativen; mit LA Mag. Martin Fasan, (Verkehrssprecher der Grünen), Jutta Kellner (BI Zistersdorf), Moderation: Christian Schrefel (Bez.Sprecher MI und Grüne Wein/4)

31. Mai ab 14 h, 1. Juni ab 10 h hat der **Schaugarten Parbus** geöffnet. Präsentation und Verkauf ausgewählter Gartenartikel zum Pflanzen, Dekorieren und Wohlfühlen. ***Wasser im Garten*** - von Vogeltränke bis Schwimmteich: Beratung durch Frau Claudia Tögel vom Verband österreichischer Schwimmteichbauer

Wolfpassing, Hauptstraße 73 – www.gartenlust.at

5.Juni im Gasthaus Aprea: Praktische Tipps und einen Vortrag übers „**Laufen und Nordic Walking**" hält Mag. Dr. Werner Schwarz vom Institut für Sportwissenschaften im Rahmen der „Gesunden Gemeinde".

Wolkersdorfer GR denken nachhaltiger!

Bei der letzten Gemeinderatssitzung brachte die WUI eine Resolution betreffend den Generalverkehrsplan ein. Die Stadtgemeinde Wolkersdorf fordert darin die Bundesregierung auf, den Generalverkehrsplan auf seine Klimaverträglichkeit zu überprüfen. Diese Resolution wurde **einstimmig angenommen**.

Das **Grüne Kleeblatt** hat bereits am 9.12.2002 diesen Dringlichen Antrag in unserer Gemeinderatsitzung eingebracht. Der Bürgermeister, sowie die Gemeindräte von SPÖ, ÖVP, Liste Aktiv und FPÖ haben ihn aber **abgelehnt**.

Klimaschutz ist unseren Gemeinderäten offenbar kein Anliegen, die Wolkersdorfer denken da anders.

Impressum:

Grünes Kleeblatt

c/o Dieter Hensel

2123 Schleinbach

Waldgasse 21

Telefon: 02245 / 4606

Eigenproduktion